

Kleine Anfrage

des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE

und

Antwort

des Staatsministeriums

Aktueller Umgang der Landesregierung mit dem Studienzentrum Weikersheim e. V.

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass Finanzminister Stratthaus bei den „Weikersheimer Wirtschaftsgesprächen“ am 7. November 2007 in Stuttgart als Referent auftreten wird?
2. Ist damit eine Änderung der Haltung der Landesregierung im Umgang mit dem Studienzentrum verbunden, nachdem der Ministerpräsident seinen Austritt erklärt, für seine Partei eine umfassende Neuorganisation und Neuausrichtung des Zentrums angekündigt hatte und Auftritte von Mitgliedern der Landesregierung in der Folgezeit abgesagt worden waren?
3. Welche Ereignisse, inhaltlichen, personellen und organisatorischen Maßnahmen und Veränderungen beim Studienzentrum sind für die Landesregierung Anlass, ihre Distanz aufzugeben und Einladungen zu Veranstaltungen des Zentrums wieder Folge zu leisten?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis davon, dass sich das Studienzentrum insbesondere von umstrittenen und wegen ihrer Nähe zu rechtsextremen Vereinigungen kritisierten Personen, die in seinen Gremien und als Referenten tätig waren, nachweislich getrennt hat, was eine der wesentlichen Forderungen des Ministerpräsidenten war?
5. Trifft es zu, dass Innenminister Rech im September oder Oktober 2007 dem Geschäftsführer des Studienzentrums Schrumpf einen Brief geschrieben hat, in dem er dem Zentrum bescheinigt, ein „Denkzentrum der bürgerlichen Mitte zu sein, das am Leben erhalten“ werden soll und bei dem es nie rechtsextreme Äußerungen u. ä. gegeben habe, wenn ja, warum wurde ein derartiger Brief geschrieben und was war sein genauer Inhalt?

Eingegangen: 29. 10. 2007 / Ausgegeben: 23. 11. 2007

1

6. Wie bewertet die Landesregierung den Umgang des Geschäftsführers des Studienzentrums mit diesem vermeintlichen Brief des Innenministers, den er während einer Veranstaltung des CDU-Verbands Stuttgart-Degerloch im Oktober 2007 als „Ehrenerklärung der Landesregierung“ gewertet hat?

29. 10. 2007

Sckerl GRÜNE

Begründung

Nachdem die Landesregierung insbesondere mit dem Austritt des Ministerpräsidenten, aber auch mit öffentlichen Erklärungen und Stellungnahmen zu Anfragen im Landtag auf deutliche Distanz zum Studienzentrum Weikersheim (SZ) gegangen war, nachdem geplante Auftritte von Ministern bei Veranstaltungen des SZ aufgrund der öffentlichen Diskussion abgesagt worden waren und nachdem der Ministerpräsident für seine Partei eine grundlegende inhaltliche und personelle Erneuerung des SZ angekündigt hatte, müssen aktuelle Ereignisse, wie der geplante Auftritt von Finanzminister Stratthaus bei den „Weikersheimer Wirtschafts-Gesprächen“ am 7. November 2007 und ein Brief von Innenminister Rech an den Geschäftsführer des SZ irritieren. Es ist seit dem Austritt des Ministerpräsidenten von Seiten des SZ nicht bekannt (gegeben) worden, dass auch nur eine Forderung des Ministerpräsidenten zwischenzeitlich erfüllt worden sei.

Im Gegenteil, gerade die zurückliegende Jahrestagung des SZ hat deutlich gemacht, dass man dort an seinen Positionen unverändert festhält, sich nur in der „Opferrolle“ sieht, nicht auf Distanz zu umstrittenen Vorstandsmitgliedern und Referenten zu gehen bereit ist und zusätzlich neue Angriffe auch auf die Politik der Landesregierung startete.

Unter diesen Vorzeichen ist die aktuelle Haltung der Landesregierung zum SZ äußerst erklärungsbedürftig.

Antwort

Mit Schreiben vom 16. November 2007 Nr. IV/0152/Studienzentrum Weikersheim beantwortet das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Trifft es zu, dass Finanzminister Stratthaus bei den „Weikersheimer Wirtschaftsgesprächen“ am 7. November 2007 in Stuttgart als Referent aufreten wird?

Herr Finanzminister Stratthaus hat am 7. November 2007 im Rahmen der „Weikersheimer Wirtschaftsgespräche“ in Stuttgart in den Räumen der Deutschen Bank AG einen Vortrag zum Thema „Föderalismusreform II – Was haben wir davon?“ gehalten. Gemeinschaftlicher Veranstalter waren das Studienzentrum Weikersheim e. V. und die Deutsche Bank AG in Kooperation mit dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU), dem Bund der Selbständigen Baden-Württemberg (BDS) sowie dem Europäischen Wirtschafts-senat e. V. (EWS).

2. *Ist damit eine Änderung der Haltung der Landesregierung im Umgang mit dem Studienzentrum verbunden, nachdem der Ministerpräsident seinen Austritt erklärt, für seine Partei eine umfassende Neuorganisation und Neuausrichtung des Zentrums angekündigt hatte und Auftritte von Mitgliedern der Landesregierung in der Folgezeit abgesagt worden waren?*
3. *Welche Ereignisse, inhaltlichen, personellen und organisatorischen Maßnahmen und Veränderungen beim Studienzentrum sind für die Landesregierung Anlass, ihre Distanz aufzugeben und Einladungen zu Veranstaltungen des Zentrums wieder Folge zu leisten?*
4. *Hat die Landesregierung Kenntnis davon, dass sich das Studienzentrum insbesondere von umstrittenen und wegen ihrer Nähe zu rechtsextremen Vereinigungen kritisierten Personen, die in seinen Gremien und als Referenten tätig waren, nachweislich getrennt hat, was eine der wesentlichen Forderungen des Ministerpräsidenten war?*

Jedes Mitglied der Landesregierung entscheidet selbst über Vorträge oder die Teilnahme an Veranstaltungen und wird diese Entscheidung unter anderem davon abhängig machen, dass es an der Art, den Themen und den Referenten von Veranstaltungen nichts zu beanstanden gibt. Herr Finanzminister Strattmann hat bereits öffentlich deutlich gemacht, dass seinem Fachvortrag bei den diesjährigen Weikersheimer Wirtschaftsgesprächen, die das Studienzentrum Weikersheim zusammen mit renommierten Partnern veranstaltet, keine darüber hinausgehende symbolische Bedeutung zukomme.

Die Landesregierung hat zuletzt wiederholt darauf hingewiesen, dass sie für eine Neuorganisation oder Neuausrichtung des Studienzentrums Weikersheim, einem eingetragenen privatrechtlichen Verein, nicht verantwortlich ist und die zitierten Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der CDU getätigt wurden. Aus diesem Grund ergibt sich für die Landesregierung auch kein Anlass für eine geänderte Haltung oder die Kommentierung von personellen oder inhaltlichen Fragen der Arbeit des Vereins.

5. *Trifft es zu, dass Innenminister Rech im September oder Oktober 2007 dem Geschäftsführer des Studienzentrums Schrumpf einen Brief geschrieben hat, in dem er dem Zentrum bescheinigt, ein „Denkzentrum der bürgerlichen Mitte zu sein, das am Leben erhalten“ werden soll und bei dem es nie rechtsextreme Äußerungen u. ä. gegeben habe, wenn ja, warum wurde ein derartiger Brief geschrieben und was war sein genauer Inhalt?*
6. *Wie bewertet die Landesregierung den Umgang des Geschäftsführers des Studienzentrums mit diesem vermeintlichen Brief des Innenministers, den er während einer Veranstaltung des CDU-Verbands Stuttgart-Degerloch im Oktober 2007 als „Ehrenerklärung der Landesregierung“ gewertet hat?*

Herr Innenminister Rech hat am 25. September 2007 dem Präsidenten – nicht dem Geschäftsführer – des Studienzentrums Weikersheim auf dessen Schreiben vom 7. September 2007 mit folgendem Wortlaut geantwortet:

„Das Studienzentrum Weikersheim war in den zurückliegenden Monaten Gegenstand einer für das Studienzentrum sehr schmerzhaften und teilweise auch sehr polemisch geführten Diskussion um mögliche Verflechtungen mit dem rechtsextremen Spektrum. Gerade vor diesem Hintergrund habe ich für Ihr Anliegen, das Studienzentrum Weikersheim als christlich-konservative Denkfabrik der bürgerlichen Mitte unter anderem auch durch interessante Vortragsveranstaltungen attraktiv zu halten, großes Verständnis.

Es gibt und gab zu keinem Zeitpunkt tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass das Studienzentrum Weikersheim rechtsextremistische Bestrebungen verfolgt, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Das Studienzentrum war daher auch niemals Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz. Dies habe ich mehrfach öffentlich erklärt.

Angesichts der öffentlichen Diskussion der letzten Monate um die politische Ausrichtung des Studienzentrums Weikersheim und des bekannten Umstandes, dass in der Vergangenheit anlässlich der Beobachtung von rechtsextremistischen Bestrebungen durch das Landesamt für Verfassungsschutz vereinzelte Hinweise auf das Studienzentrum Weikersheim angefallen sind, muss jedoch vermieden werden, dass in der Öffentlichkeit unberechtigte Zweifel an der unvoreingenommenen Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz entstehen können. Einen Auftritt des Präsidenten des Landesamtes als Vortragsredner beim Jahreskongress des Studienzentrums halte ich deshalb derzeit für nicht zielführend. Ich bitte hierfür um Ihr Verständnis.

Für Ihr Angebot, auf dem Jahreskongress am 29. September 2007 den zunächst Herrn Präsident Schmalzl zgedachten Vortrag zu übernehmen, danke ich Ihnen. Als der für den Verfassungsschutz zuständige Minister sehe ich mich derzeit allerdings in einer ähnlichen Situation. Ich bitte daher um Ihr Verständnis, dass ich Ihr Angebot nicht annehmen kann.“

Für eine Bewertung des Umgangs Dritter mit diesem Schreiben sieht die Landesregierung keine Veranlassung.

Stächele

Minister für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums
und für europäische Angelegenheiten